

• **Gesetzblatt**
• **Wochenschrift** mit **Ausnahme**
• **der Sonn- und Feiertage.**

Abonnementspreis
monatlich 50 A., 1/2jährlich 1.50 A.
jedem. frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 A.

Die **Unterhaltungsbeilage**
„Die **Neue Zeit**“ kostet
monatlich 10 A., 1/2jährlich 30 A.

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühr
beträgt für die 5gepaltenen
Beilagen oder deren Raum
15 A. für Rechnungs-
Beilagen und Veranlagungs-
anzeigen 10 A.

Inserate für die tägliche
Nummer müssen spätestens bis
vormittags 1/2 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die **Post-
zeitungsliste** unter Nr. 6585.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: **Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Bölsbergische.**

Telegraphen-Adresse: **Volksblatt Halle/Saale.**

Netto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 167.

Halle a. S., Mittwoch den 20. Juli 1892.

3. Jahrg.

Parteigenossen! Wir brauchen auf dem Lande **Verammlungslokale**. **Sorgt deshalb!** für strikteste **Durchführung des Vier-Boykotts**, damit wir auch die **Landarbeiter** mit unseren **Ideen und Prinzipien** bekannt machen und dieselben für uns gewinnen können. **Achtet auf den Boykott!**

Ein Stückchen Geschichte. *

Vor 30 und etlichen Jahren war in den Vereinigten Staaten das **Eigentum** in lebenden Arbeitsinstrumenten, d. h. in **Skaven**, noch genau so „heilig“, wie heute das **Eigentum** in toten Arbeitsinstrumenten.

Die **Sklaverei** war einer der Pfeiler der Staats- und Gesellschaftsordnung — gerade wie jetzt noch die **Lohnsklaverei**. Die Richter verurteilten die schändlichen „Umstürzer“ von **Abolitionisten**, welche „die Grundlage des Staats, der Gesellschaft und der sittlichen Weltordnung über den Haufen werfen“ wollten. Die bezahlten Befehlsmacher der **Skavenbarone** gebrauchten fleißig „die Rinde der Gerechtigkeit“, um Geheiß zu ihrem Schutze und Rügen zu machen. Und die **Presse** im Dienste der **Skavenbarone** überhäufte die **Wegner** der **Sklaverei** mit den argsten Beschimpfungen und schmerzlichen Anklagen: sie verkündeten die **Religion**, sie legten frevelnde Hand an die **Familie**, an die **Ehre**, an das **Eigentum** — sie wären „**Hochverräter**“, **Revolutionäre**, **Attentäter**, **Schlimmer** als **gemeine Betrüger**. Kurz, Wort für Wort wurden damals gegen die **Feinde** der **Sklaverei** dieselben Beschimpfungen und Anklagen geschleudert, wie heute von den **Kapitalisten** gegen die **Feinde** der **Lohnsklaverei**.

Und dieselben **Verfolgungen**. **Wlein** die **Verfolgungen** und **Beschimpfungen** häuften nur **Lie** **Bewegung**. **Anfangs** ein **winziges** Häuflein von „**Rebellen**“, gewonnen die **Feinde** der **Skaverei** mehr und mehr **Anhang** — die **Verhältnisse** arbeiteten für sie; die **Uebel** der **Weger-Sklaverei** machten sich mehr und mehr **fälsbar** und die **Beschimpfungen** und **Verfolgungen** gingen an, die **öffentliche** **Meinung** zu **beherrschen**.

Die **Verfolgungen** wuchsen; die **Beschimpfungen** wurden immer **güftiger** und **gemeiner**. **Umsonst!** Die **Bewegung** **schwoll** mehr und mehr an. **Umsonst** **Ausnahme** **gesetz!**

Umsonst **Kriegszustand!**

*) In der öffentlichen Volksversammlung am 11. Juli äußerte ein Unabhängiger, daß er früher einmal ausgeklagt worden sei, als er seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben habe, daß die Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft auf friedlichem Wege und ohne Blutvergießen sich vollziehen werde. Trotzdem behaupteten die Sozialdemokraten in öffentlichen Versammlungen das Gegenteil, obgleich sie selbst vom Gegenteil überzeugt seien. Die Sozialdemokraten seien also nicht offen und konsequent. Dilemm Vorwurfe begegnete Gen. Singer ganz einfach mit dem Hinweis auf den obigen wichtige Satz vor der Versammlung im „Vorwärts“ veröffentlichten Artikel. Anders wie den Artikel widerlegen, liefern wir allen denjenigen, welche sich über die Frage, ob die soziale Revolution mit oder ohne Blutvergießen vor sich gehen werde, einen kurzen aber sicheren Aufschluß. Bemerken wollen wir nur, daß die Reduktion sich schon vor Jahrzehnt einmal im „Volksblatt“ in gleicher Weise ausgesprochen hat und zwar in dem Artikel: „Die Sozialdemokraten sind keine Revolutionäre.“ — Den Artikel des „Vorwärts“ empfehlen wir speziell dem Herrn Oekonomisten Dr. v. Wendel-Steinfels zur geistl. Beachtung (s. Notates!).
Red. des „Volksblatt“.

Umsonst der Galgen für den alten John Brown und seine totengeheilten Mitstreiter.

Das Maß war voll!
Die Massen kamen in Fluß, die Nation erhob sich.
Wieder mit den Skavenbaronen!
Wieder mit der Sklaverei!

So erscholl es aus Millionen Röhren.
Trotz Beschimpfungen, trotz Verfolgungen, trotz Ausnahme-
gesetz, trotz Kriegszustand und Galgen wurde die Minorität Majorität.

Und das Volk war großmächtig, wie immer.
Es bot den Skavenbaronen Entschädigung.
Die Umstürzer, die Staats- und Gesellschaftsfeinde, die Führer der Familie, der Ehe und des Eigentums, die Hochverräter, Revolutionäre, Teiler, Attentäter wollen die gesellschaftliche Abschaffung der Sklaverei, die staatliche Expropriation der Eigentümer.

Sie waren für den friedlichen Weg.
Und die damaligen Machthaber, welche sahen, daß ihnen die Macht entflüchte? Die Männer der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung? Die Träger der sittlichen Weltordnung?

Sie entkalteten die Blutfarbe der Gewalt. Sie appellierten an das Schwert. Sie wurden Rebellen.

„Wer das Schwert zieht, soll durch das Schwert umkommen.“ sagt die Bibel. Und in die Sprache von heute übersetzt, heißt das: wer das Recht gemaltam zu unterdrücken, seine Mitmenschen gewaltam in Sklaverei zu fällen sucht, muß durch Gewalt zur Vernunft und zur Strafe gebracht werden.

Und die Gewalt des Volkes war stärker als die Gewalt der rebellischen Machthaber. Die Gewalt des Rechts siegte über die Gewalt der Unterdrückung und Ausbeutung.
Es kostete Ströme von Blut. Und jeder Tropfen Blutes klebt an den verbrecherischen Händen der Machthaber.

Aber die Sklaverei ist und bleibt abgeschafft.
Was die „Umstürzer“ von fernem erstrebten, ist heute Staatsgesetz der großen transatlantischen Republik.

Wer sieht nicht die Parallele?
Vor dreißig und etlichen Jahren nahmen die Feinde der Sklaverei im weitestesten genau die gleiche Stellung ein, wie heute die Feinde der Lohnsklaverei. Dieselben Beschimpfungen, dieselben Anklagen, dieselben Verfolgungen.

Und der weitere Verlauf wird im wesentlichen der gleiche sein.

Die Uebel der Lohnsklaverei und der auf ihr beruhenden kapitalistischen Produktion werden sich mehr und mehr fälsbar machen. Die Feinde der Lohnsklaverei werden zahlreicher und zahlreicher werden, und der Tag wird kommen, wo sie die öffentliche Meinung beherrschen werden.
Die Minorität ist zur Majorität geworden.

Und dann tritt an die Vertreter des Kapitalismus, welche in ihrem Sonderinteresse, dem Gemeininteresse zuwider, die Aufrechterhaltung der Lohnsklaverei wünschen, die Frage heran: friedlicher Weg oder Gewalt, Reform oder Revolution?

Sind die Vertreter des Kapitalismus dann so verständig, sich für den friedlichen Weg zu entscheiden, und in die reformatorische Abschaffung der Lohnsklaverei zu willigen, so wird das sozialdemokratische Programm ohne Gewalt verwirklicht. Sind sie nicht so verständig, dann mit Gewalt. Und unsere Lohnsklavens-Barone werden demselben Schicksal verfallen, wie während die Regier-Sklaven-Barone.
Und wer sind dann die „Hochverräter“, „Revolutionäre“, „Umstürzer“?
Nicht wir.

Eine Enquete über Arbeitsordnungen.

In unserem Zentralorgan, dem „Vorwärts“, lesen wir folgende Anregung:

„Mit dem Ergebnis unserer Aufforderung, die Gewerkschaften möchten überall Vertrauensmänner einsetzen, welche Arbeiterbeschwerden für die Fabrikinspektoren sammeln, überprüfen und dann mit den nötigen Behörden bei dem Auffichts-Beamteten einreichen, können wir recht zufrieden sein. Nach den tatsächlichen Genossen haben jetzt die württembergischen, und zwar speziell in Stuttgart, den Vorschlag befolgt, und sind mit der neuen Einrichtung erst einige Erfolge erzielt, so folgen hoffentlich die Genossen an anderen Orten diesen Beispielen. Heute möchten wir nun zeigen, wie die neue Gewerbe-Ordnung noch nach einer anderen Seite erfolgreich von den Gewerkschaften ausgenutzt werden kann.“

Es handelt sich dabei um die Arbeitsordnungen und den wertvollen Stoff, den sie uns bieten. Wir wollen dabei nicht von den operativen und taylorischen Kämpfen sprechen, die viele unserer Genossen allerorten haben beginnen müssen, weil man ihnen eine Arbeitsordnung von Seiten der Unternehmer aufzwingen wollte, die jeder Menschlichkeit Hohn sprach. Diese Kämpfe werden in den nächsten Jahren überhaupt nicht aufhören, da die Unternehmer immer wieder versuchen dürften, bald hier, bald dort durch Abänderung der Arbeitsordnung oder bei Errichtung einer neuen Anlage den Arbeitern möglichst unvorteilhafte Bedingungen zu diktiert. Auf der anderen Seite sind aber jetzt schon in der Mehrzahl der Fabriken die vom Gesetz vorgeschriebenen Arbeitsordnungen in Kraft; sie bilden, wie es die Regierung bei der Revision der Gewerbe-Ordnung gewollt hat, eine Art schriftlichen Kodex der Arbeitsbedingungen. Freilich haben sich unsere Herren Gesetzgeber gründlich getäuscht, wenn sie glaubten, die Unternehmer würden sich etwa scheuen, gar zu arge Strafen und Arbeitsvorschriften festzusetzen, sie würden hübsch mit den

18] Am Werkstuhle der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in drei Bänden
von M. Otto Walker.

(In neuer vom Verleger bewerkter Bearbeitung.)

(Nachdruck verboten.)

„Auf diese Weise geht nicht nur Herr. Barth sein kleines Kapital und der Lohn seines jahrelangen, mühseligen Strebens verloren, uns selbst trifft nicht nur ein für unsere Verhältnisse rechtlicher Verlust, sondern es geht abermals ein Hoffnungsstück mit diesem Geschäfte unter, der uns wenigstens die Aussicht auf endliche Befreiung von den Fesseln der Geldherrschafft verspricht. Ich habe in diesem Sinne ein Zirkular an Sie, meine Mitarbeiter in dieser Drucei, sowie an unsere Kollegen in den anderen Druceien erlassen. Sie erhalten, diese Angelegenheit reichlich zu bedenken, Mittel zur Abhilfe zu erfinden und das Resultat Ihrer Überlegungen in einer Versammlung, die wir nun heute abhalten, anzutauschen. Ich bitte Sie, nunmehr sich hierüber anzupreisen.“

Einer der Deputierten meinte hierauf, es würde jedenfalls allen zunächst am meisten daran liegen, zu erfahren, was der Vorstand der Versammlung selbst an Ansichten und Vorschlägen zu äußern hätte.

„Ich werde diesem Verlangen ohne weiteres nachkommen“, erwiderte Hanko. „Ich habe mir gleich gesagt, daß mit allen Bitten und Vorstellungen bei den verschiedenen Gläubigern des Geschäfts nichts auszurichten sein würde; denn, wo das Interesse des Geldbesitzers spricht, verlieren die Ansprüche der Menschlichkeit und der Vernunft meistens alles Gewicht.“

„An Geschäften löst die Gemütslichkeit auf;“ dieses Sprichwort, welches der Mensch seine Entscheidung verdankt, charakterisiert unsere ganze gegenwärtige Zeitperiode. Was sind Menschenwürde, Menschenglück im Angesichte des Geldbesitzers?

Nichts, garnichts. Und darum, meine Herren, habe ich auch kein anderes Mittel gefunden, als: wir such-n das erforderliche Geld aufzubringen, oder geben durch unsere vereintete Bürgschaft den Kapitalisten solche Sicherheit, daß sie sich bewegen lassen, uns für unsere guten Finten ihr Kapital länger darzuleihen. Schwierigkeiten würde das letztere freilich haben, denn sehr viele dieser Herren leiden außerdem an einer ziemlichlichen Begriffsschwermüdigkeit, und was sie nicht unmittelbar mit Händen greifen können, an das glauben sie schwer oder garnicht. Indessen läßt sich dieses Hindernis vielleicht beheben. Ich, J. B. bin im Stande und auch einschlaffer, eine kleine Summe, die ich mir im Laufe der Jahre erspart, für diesen Zweck anzubieten. Andere haben mir bereits gleiche Entschlüsse mitgeteilt, und wenn wir uns nun entschließen, für die Ueberbergung unsrer Bedürfnisse auf das Allernotwendigste einzuschränken, damit wir so wenig wie möglich aus dem Geschäfte zu nehmen genötigt sind, und wenn unsere Kollegen uns beistehen, dann ist es nicht bloß möglich, sondern sogar wahrscheinlich, daß wir mit dieser Drucei ein gemeinschaftliches Geschäft, eine Art Produktivgenossenschaft gründen, die dann als ein fester Anhaltspunkt für alle bedrängten Kollegen dienen kann. Damit wäre in der That etwas Großes und Schönes aus dieser Katastrophe hervorgegangen, in das erdrückende System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen unterm Schutz der Gesetze wäre die erste Welle geschossen, und alle unsere Mitarbeiter im großen Vaterlande, ja unsere lebenden Mitbürger in anderen Staaten würden neuen Mut, neue Kraft fühlen, angegert durch diesen Akt der Selbsthilfe!“

Diese Worte verhallten nicht, allgemeine Begeisterung hervorgerufen und erst nach einigen Minuten gelang es dem Vorsitzenden, die Ruhe so weit wieder herzustellen, um Herrn Lange das Wort erteilen zu können.
Die Aufmerksamkeit richtete sich alsbald auf den jungen

Schriftsteller, der ohne weiteres seine Feder weglegte, sich von seinem Sessel erhob und mit wüßlingender Stimme also begann:

„Wenn ich mir gestatte, auf einige Augenblicke Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen, so geschieht es weder, um an den überzeugenden Darlegungen unseres Vorsitzenden etwas zu bestreiten, noch dieselben hier zu vervollständigen, da wir diese Angelegenheit vorher ausführlich mit einander besprochen haben. Ich erbat mir nur das Wort, um erstens meine Uebereinstimmung mit den Ansichten des Vorredners ausdrücklich bekannt zu geben und dann zu erklären, daß ich während der ganzen Ueberbergungszeit meinerlei Zahlung für mich an Arbeiten in der Drucei verlangen werde. Desgleichen werde ich ein bescheidenes Stimmchen, welches mir gerade zu gebote steht, den übrigen Gaben hinzuzufügen; ein Weiteres liegt augenblicklich außer dem Bereich meiner Kräfte, denn Sie wissen, daß Apollo, der Gott der Muen, mit Pluto, dem Gott des Reichthums, während ihres Güterbesitzes wenig Umgang gepflegt zu haben scheint, und dieses Verhältnis hat sich auch auf ihre Anhänger und Schutzbefohlenen erstreckt.“

Diese Erklärung wurde mit beifälliger Heiterkeit aufgenommen. Es begeherten darauf andere das Wort, von denen jeder erklärte, mit dem Vorschlage einverstanden zu sein. Jeder war bereit, alle nur möglichen Entbehrungen zu tragen, alle Kräfte für das gemeinsame Unternehmen aufzuwenden; der eine bot eine kleine Summe seiner Ersparnisse, ein anderer hatte einen Freund zu einer ähnlichen Beihilfe veranlaßt, der eine und der andere hatten ein kleines Erbteil daranzubringen. Mancher freilich konnte nichts bieten, als seine Arbeitskraft und seine Bereitwilligkeit zum Entgehen.

Es erging nunmehr an die Deputierten der anderen Druceien die Anfrage: wessen sich die Unternehmer von Seiten ihrer richtung unmittelbar beteiligten Kollegen zu genütigen hätten, und alle, mit Ausnahme eines einzelnen, erklärten be-

Arbeitem unterhandeln, so daß Etwas herauskäme, was beiden Teilen genügt, und der „soziale Friede“ wäre nun hergestellt. Es ist den Unternehmern garnicht eingefallen, sich für der schriftlichen Form der Arbeitsordnung zu scheuen und oerentwegen die Arbeitsbedingungen humaner zu gestalten bezw. mit den Arbeitern zu vereinbaren.

Weitenteils wurde die alte Fabrikklaverei, so weit es die gesetzlichen Vorschriften bis zur Grenze der äußersten Möglichkeit nur gestatten, in die neue Arbeitsordnung mit herüber genommen, und die Behörden, die gar kein Einspruchsrecht innerhalb der lozen Vorschriften des Gesetzes haben, müssen den Dingen ruhig zu. Gerade diese Sachlage aber müssen wir beugen! Da die neuen Arbeitsordnungen so eine schöne Musterkarte der deutschen Unternehmern, „Humanität“ in allen Branchen sind, so stellen wir den Vorschlag zur Diskussion, dieselben möchten nunmehr recht vollständig gesammelt, gesichtet, bearbeitet und in einer gemeinschaftlichen Bearbeitung herausgegeben werden. Die Gewerkschaften und Vertrauensmänner der einzelnen Orte müßten die Sammlung auf der untersten Stufe vornehmen, die keine Schwierigkeit haben kann, da jeder Arbeiter bekanntlich ein Exemplar seiner Arbeitsordnung nach gesetzlicher Vorschrift ausgehändigt erhalten muß. Aus allen Fabriken des Ortes oder der Gegend müßten die Arbeitsordnungen zusammengeholt, mit der Firma und ihrer Branche bezichnet und durch eine Angabe darüber vervollständigt werden, wie viel Arbeiter ungefähr unter der betreffenden Arbeitsordnung beschäftigt sind. Die Gewerkschaften und Vertrauensmänner hätten dann bis zu einem bestimmten Termin die vollständige Sammlung für ihren Ort oder für ihre Gegend an eine Zentralfstelle abzuliefern, welche die Bearbeitung besorgt. Diese Zentralfstelle könnte die Redaktion des „Vorwärts“ sein, welche für die Bearbeitung und Veröffentlichung in Sorge tragen würde. Darüber zu entscheiden, überlassen wir jedoch der Diskussion, die sich schon entwickelt wird, wenn die Gewerkschaftsblätter und die Parteioorgane in der Provinz diesen Vorschlag ihren Leuten unterbreiten. Das letztere wollen die Kollegen von unserer Presse recht schnell besorgen. Wir haben keinen Zweifel, daß sich alsbald eine Einigung über die richtige Inangriffnahme der Sache erzielen lassen wird.

„An der Zentralfstelle wird sich dann eine Fülle authentischer, unangefälschter, von den Unternehmern selbst gesicherter Materials über die Arbeitszeit, die Lohnabrechnung und Lohnzahlung, über die Rindigungsfrist, die Strafgeelder und sonstige fabrikpazische Vorschriften, sowie über die Form überhaupt sammeln, in welcher die Herren Unternehmer mit den Arbeitern zu verfahren für gut befinden. Sorgfältig bearbeitet wird dieses Material grelle Schlaglichter auf deutliche Fabrikverhältnisse werfen. Zugleich wird die Bearbeitung den Genossen allerorten die Erfahrungen und Erfolge bekannt geben, die anterismo im Kampfe um die Arbeitsordnung erzielt wurden. Der Agitation sind damit neue Waffen geliefert, und die Sache der Arbeiter ist wieder um einen kleinen Schritt weiter gefördert. Wir meinen, diese Vorteile des Unternehmens müßten einleuchten.

„Deshalb äußert Euch, Genossen in allen Orten, über unseren Vorschlag. Der „Vorwärts“ wird denselben mit einer bewährten arbeits-kundlichen Kraft in jeder Beziehung fördern und alle Verbesserungsanträge zu demselben bereitwillig berücksichtigen.“

Wir können diesen Vorschlag nur empfehlen und schließen uns durchweg dem Gesagten an. Auch hier in Halle haben wir eine Musterkarte von originellen Fabrikordnungen. Mögen die hiesigen Arbeiter das Ihre dazu beitragen, die angeregte Enquete zu einer recht wirksamen zu machen.

Politische Rundschau.

Dem nächsten Landtag wird, wie es heißt, eine die Dauer der Schulpflicht einheitlich regelnde Vorlage zugehen. Das wäre also alles, was von dem viel umstrittenen Volksschulgesetz des Grafen Jolly übrig geblieben ist. Nicht einmal die in demselben enthaltene Schuldotation scheint getretet werden zu können, denn die kostet Geld, und das hat man in Preußen für diese Dinge nicht.

Der Justizminister lehnte ein mit zahlreichen Unterschriften versehenes Gesandensuch der Redakteure Fußangel und Lunemann ab.

auftrag zu sein, ihren Kollegen mitzuteilen, daß die mutige That, welche ihr angestrebt würde, allenthalben Beifall gefunden und in gleichem Maße auch Unterstützung finden würde. Bestimmte Leistungen könnten von ihnen augenblicklich nicht zugesagt werden, da man erst nähere Nachrichten über die Lage der Dinge habe einziehen wollen. Das sei nun gegeben und sie glaubten von vornherein versprechen zu können, daß die Opferbereitschaft, welche sie in diesem Kreise gefunden, sich erweiternd den Herzen der Kollegen mitteilen würde.

Eine allgemeine, freudige Bewegung bemächtigte sich bei diesen aufeinander folgenden Erklärungen der Gemüter, die erst, als der letzte der Deputierten zur Vertretung einer gegenseitigen Ansicht das Wort ergreifen, plötzlich einem Gefühl des Unmuts Platz machte. Es war der Vertreter der bedeutendsten Weberabtheilung Drucker, welcher, als die Rede an ihn endlich gekommen, sich mit folgenden Worten an die Versammlung wandte:

„Es ist mir leid, meine Herren, in dieses hier zu tage tretende allgemeine Gefühl der Zusammengehörigkeit, in die Begeisterung des erkannten Gemeinwohls einen Ton der Disharmonie zu werfen, indem ich im Namen meiner Auftraggeber erklären muß, daß wir uns weder an dem beabsichtigten Unternehmen beteiligen wollen, noch daselbe als gut, gegenbringend und deshalb unterstützungswürdig anerkennen können.“

Allgemeine Aufe „Hört, hört!“ und andere noch schärfere Ausdrücke des Unmuts und der Mißbilligung verurtheilten bei dieser Einleitung eine tumultuarische Szene, die nur mit Mühe durch die Glocke des Präsidiums nach einiger Zeit beendet werden konnte.

„Meine Herren,“ bemerkte der Vorsitzende mit Nachdruck, „Sie scheinen zu vergessen, daß in einer vorbereiteten Versammlung jeder Einzelne das Recht hat, seine, wenn auch gänzlich abweichende Meinungen zu äußern und zu begründen. Sie, die Sie anderer Meinung sind, haben das Recht,

In Sachen Pens findet am 28. September Verhandlung vor dem Landgericht in Stenbal statt.

„Es geht zu langsam.“ In kapitalistischen Blättern finden wir eine Bemerkung, wonach in den Kreisen sozialdemokratischer Arbeiter die Ansicht verbreitet sein soll, es gehe „zu langsam“ mit der Entwicklung zum Sozialismus. Daß es Leute, die dieser Ansicht sind, giebt, wollen wir nicht bestreiten. Aber wir konstatieren, daß dieselbe leicht erklärlich ist. Es kommt in ihr genau genommen, das heißt Sehnen nach besseren und gerechteren Zuständen zum Ausdruck. Die Einsicht, daß die bestehende Ordnung der Dinge auf die Dauer unhaltbar ist, gebiert den immer lebhafter werdenden Wunsch, sie überwinden zu sehen, und zwar möglichst bald. Diesen Wunsch teilt ohne Zweifel jeder wahrhafte Sozialist, wie er sich bemüht, ihm durch entsprechendes Wirken zu genügen. Aber er muß sich auch zur Erkenntnis bringen, daß der Fortschritt einer so großartigen Sache, wie sie im Sozialismus sich begrenzt, nicht lediglich an den sogenannten „greifbaren Erfolgen“, die im Verlaufe des Kampfes in die Erscheinung treten, sondern in noch weit höherem Maße an den Resultaten der Gesamtentwicklung und deren Einfluß auf den öffentlichen Geist zu erkennen ist. Die Sozialdemokratie kann im Kampfe mit den gegnerischen Parteien, so z. B. bei öffentlichen Wahlen, Siege erringen, die ihre Parteilichkeit stärken, aber für die Lösung der großen Frage nicht gerade entscheidend sind; sie kann auch Niederlagen in diesem Kampfe erleiden, die ihre Parteilichkeit schwächen, aber die Macht ihrer im Bunde mit den Tausenden wirkenden Ideen völlig unberührt lassen. Nicht vom äußeren Erfolg oder Mißerfolg im Parteikampfe ist die endgültige Entscheidung abhängig, sondern vom öffentlichen Geist, der sich dem ihr gründlich umgestaltenden Einfluß der sozialistischen Ideen nicht entziehen kann, der immer mehr mit den Ideen gesättigt wird, bis er ein neues Rechtsbewußtsein darstellt, das sich praktisch Geltung eringt. Bekändigerin, Trägerin dieses neuen Rechtsbewußtseins, mit welchem die bestehenden Einrichtungen vereinbar sind, ist die Sozialdemokratie; und all ihr Wirken und Kämpfen hat füglich nur den einen Hauptzweck, ihm die Wege zum öffentlichen Geist zu bahnen; alle Erfolge, die wir als Partei erringen, werden notwendig zum Mittel für diesen großen Zweck, dessen Erreichung die endgültige Entscheidung bedeutet. Danach aber kann nicht wie Rede davon sein, daß es „zu langsam“ geht. Ganz gewiß, das sollte heite sein, daß es „zu langsam“ geht, ohne Leidenschaft werde in der Geschichte kein Stein vom anderen gerückt. Welchen Wert die Macht edler Leidenschaft, die gegen das Schlechte sich wendet, um das Gute zu schaffen, für die Kulturentwicklung hat, dafür bietet gerade die moderne Arbeiterbewegung die überzeugendsten Beweise. Unerschütterliche Ueberzeugungstreue, opferbereite Hingabe an das Ideal, flammende Liebe zu der Menschheit höchsten Gütern haben zusammenwirken müssen, um diese Bewegung zu dem zu machen, was sie geworden ist. Aber niemals hat sie sich der Leitung der fühl- und ruhig erwägenden und abwägenden Vernunft entziehen lassen. Das gilt besonders von der deutschen Sozialdemokratie. Sie weiß, daß soziale Umgestaltungen sich nicht dekretieren lassen, daß sie sich vollziehen nach dem unwandelbaren natürlichen Geize des Fortschritts. Der Sozialismus rechnet alles in allem mit der Notwendigkeit der organischen Entwicklung; diese verbürgt ihm den Sieg.

Wie berichtet wird, will ein Berliner antisemitischer Verein eine Versammlung abhalten, um das Schwurgericht in Cleve vor ein „Vollgericht“ zu stellen. Die Bevölkerung der Rheinprovinz erwartet die Rechtsablehnung mit den gebührenden Gefühlen. Sie wird — glücklicherweise mit Recht — sich die anmaßliche Einmischung der Berliner Rabau-Turisten entschließen verbitten. Das Gericht zu Cleve ist so wenig unsehbar wie irgend ein anderes, aber diese Inzanz wäre doch die letzte, welche die Landstände der Richter und Geschworenen von Cleve anerkennen würden.

Ein Denzettel für die preussische Pfaffenheit. Wie die „Straß. Post“ vernimmt, hat der Konfistorialpräsident Harrer Leblois beim Bürgermeister einen Antrag auf Errichtung einer Zeichenverwehrens-Anstalt eingereicht. Begründet wird dies Gesuch „durch die Ueberfüllung der Kirch-

solche Ansichten und Gründe zu bekämpfen. Durch tumultuarische Ueberzeugungen beweisen Sie aber weiter nichts, als daß Sie nicht im stände sind, eine gegenteilige Ansicht zu hören und zu beurteilen. Wir verlieren damit nur Zeit, und die Würde der Versammlung leidet darunter. Bei gegenwärtiger Gelegenheit beleidigen Sie: aber durch solches Benehmen auch eine ganze Gruppe von Kollegen, die wir gebeten haben, durch einen Vertreter an unseren Beratungen teilnehmen zu wollen, dem gegenüber wir sogar das Wortrecht zu achten haben. Ich glaube, daß es nur dieser Bemerkungen bedürfen wird, um dem Herrn Redner, den ich einlade, seine Ansichten weiter darzulegen, von nun an ungehörte Aufmerksamkeit zu verschaffen. Herr Hartmann hat das Wort.“

„Nach den Worten des Herrn Vorsitzenden,“ begann der Deputierte von neuem, „bedarf es von meiner Seite keiner weiteren Bemerkung über die stattgehabte Unterbrechung. Ich glaube also, daß wir in der Wehrabschiedenen Drucker Ihre Unternehmungen weder für segensreich, noch für unterstützungswürdig anerkennen und zwar aus anderen Gründen, als Sie, meine Herren, sich hauptsächlich vorge stellt haben. Im Gegensatz zu unseren andern Kollegen, die fast durchgängig auf dem Grund des Schulens aus demselben empfindlichen Standpunkte der Selbsthilfe stehen und demgemäß durch kleine Anstaltsmittel, wie Arbeiter-Bildungsvereine, Spar- und Vorhubsvereine, Konsum- und Hoffvereine, einzelne Produktgenossenschaften u. s. w. dem Arbeiter- oder vielmehr dem kleinen Handwerkerstande zu Hilfe kommen wollen, sind wir durch die Befehlzung unseres großen Lehrers und Führers Ferdinand Lassalle zu der Ueberzeugung gekommen, daß dem großen Arbeiterstande auch nur im großen und ganzen d. h. außerordentliche Maßregeln getroffen werden kann. Alle jene erwähnten Anstaltsmittel haben nur einige Bedeutung für den geringen Teil des Arbeiterstandes, der entweder noch ein Weniges besitzt und das Wenige zusammenlegen, oder der infolge einer

höfe, Verunreinigung des Wassers und die durch die Ausbünung der Kirchhöfe entstehende und Krankheit erzeugende verpestete Luft.“ Von religiösem Standpunkte ist kein Verdachte gegen die Errichtung zu erheben.“ Aus was für verkehrten Beweggründen die Zeichenverwehrens- u. s. in Preußen als nicht durchführbar bezeichnet wird, trotzdem die Befehlshaber die die Errichtung herbeiführt, ist wohl bekannt. Vielesicht wird die drohende Cholera-Gefahr unsere hartnäckig sich sträubenden Schreibstubengeräten zur Naision bringen. Und nicht unmöglich, daß die Herren in Bäckchen und Talar, wenn nur erst der Kommabazillus, der auch an keinem geistlichen Darankalt Halt macht, seine Arbeit beginnt, salbungsvoll für Zeichenverwehrens-Anstalten eifern!

Unternehmerwülfür. Der „Frankf. Zeitung“ wir aus Pochum, 17. Juli, geschrieben: Die Verwaltung der Zeche „Derkules“ in Essen hat über 100 Bergleuten gekündigt, weil dieselben in einer Versammlung in ruhiger Weise Mißstände auf der Zeche rügten. Die heutige Befehlshaber-Versammlung beschloß hiergegen bei dem Gewerke Hunte vorstellig zu werden. — Wir ihnen viel nügen!

Biederum zum Thema der Zuckerausfuhr-Prämien liegt ein lehrreicher Beitrag vor in dem Jahresabschlusse der Zuckerrabrik Wienbors, Aktien-Gesellschaft. Die Gesellschaft, deren gelamte Fabrikanlagen allerdings nur noch mit 178 000 Mark zu Buch stehen, hat ein Aktienkapital von 219 000 M. (1. Juli bis 30. Juni) hat sie für 1 615 000 M. Zuder produziert, welche dabei 1 330 000 M. Betriebsausgaben und 278 545 M. Ueberflusse, also nicht weniger als 127 Proz. des Aktienkapitals! Obwohl allein auf Zanteme 15 800 M. oder über 7 Proz. des Aktienkapitals verwendet und 157 600 M. oder 72 Proz. in Reserve gestellt beziehungsweise vom Werte der Fabrik abgeschrieben werden, können noch 105 120 M. oder fast 50 Proz. Dividende zur Verteilung gelangen! Das nennt man ein Geschäft.

Zur Frauenfrage. Herr Professor Dr. Brühl in Wien sprach dieser Tage über die Gaben der Natur an die Frau und die Konsequenzen daraus für die Stellung, die Pflichten und Rechte der Frau in der menschlichen Gesellschaft. Professor Brühl betonte, daß er Geist ist und die Weisheit in der Natur anerkenne. Er wies zwei Geirne und mehrere Präparate vor, um die Eigenschaften des Gehirnes zu erklären, und unterlegte die Ansichten derjenigen, die der Frau die Fähigkeit zu wissenschaftlichen Arbeiten absprechen. Kein Anatom sei noch im stände gewesen, auch nur den geringsten Unterschied in den Gehirnen weiblicher und männlicher Individuen nachzuweisen. Die Entwicklung derselben könne aber gefördert werden, und das geschieht beim Manne, wie bei der Frau dagegen vernachlässigt. Die graue Gehirnhautsubstanz und in dieser die Anzahl und Art der Zellen sei das Maßgebende für die Beurteilung des Gehirns. Individuelle Unterschiede giebt es, typische nach dem Geschlechte giebt es nicht. Die Stellung des Weibes ist der Ausgangspunkt für die Verbesserung der Welt. Die Aufgabe der Natur war es, die Frau nicht bloß zur Genosin, sondern zur Gefährtin des Mannes zu bilden. Durch Vernachlässigung der geistigen Bildung werde diese Aufgabe gehindert. In der Urgit gab es neutrale Wesen, dann entwickelte sich das Weib und aus diesem der Mann. Wenn demnach der Mann als die Krone der Schöpfung angesehen wird, so hat er als solche allein keine Erstlingsberechtigung. Die Frau hat nicht nur das Recht, sie hat die Pflicht, ihre geistigen Fähigkeiten voll zu entwickeln, denn als Naturgeschöpf ist sie die Mutter alles Zukünftigen. Die Weisheit der Natur ist aber die größte Entwicklung des Individuums.

Aus Bukarest melden die Blätter, daß drei in Botschaftig ausgewiesene Israeliten als des Sozialismus verdächtig ausgewiesen wurden.

Ein Schiedsgericht. Der französische Minister des Auswärtigen, Ribot, hatte am 16. Juli eine Verprechung mit dem Gesandten der Vereinigten Staaten, Coolidge, und dem Vertreter des englischen Politikers, Phipps, über die Behring's Meer- Angelegenheit. Dem Unternehmen nach ist ein vollständiges Einvernehmen zwischen den be-

sondernen Ausnahmestellung, wenn auch unter Jünger und Kummer, so viel entgegen kann, um Erisparnisse herbeizuführen, die er entweder aufsummt oder sonst zur Verbesserung seiner Stellung und Lage zu verwenden vermag. Für den meilans größten Teil unserer Arbeiterbevölkerung, also für den überwiegend größten Teil der menschlichen Bevölkerung, aber gilt das Ricardische sogenannte eberne Lohngesetz, wonach das Angebot und die Nachfrage von Arbeitskräften sich dahin regelt, daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt beschränkt bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Frischung der Erntenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist.

Dieses unerbillige Gesetz, welches an sich schon den Arbeiter auf einer äußerst niedrigen Stufe menschendmöglicher Erntenz stehen läßt, zeigt, wie schnell und unverhuldet der Arbeiter aus einer zeitweiligen, färglichen Lage dem langsame Hungertode näher sinken und sich nur selten und vorübergehend ein wenig darüber erheben kann. Wir, die wir zur Zeit zu dem etwas besser gestellten Arbeiter gerechnet werden, hängen aber von dem allgemeinen Gesetze ungewisselt mit ab, wir halten immer gleiche Entfernung mit den übrigen Arbeitern, und haben, selbst abgesehen von dem Prinzip der Brüderlichkeit, ein eigenes Interesse an der allgemeinen Verbesserung ihrer Lage. Wir haben aber auch, so lange wir uns in einigermaßen günstigen Verhältnissen befinden, eine höhere Pflicht, weil wir in der Lage sind, etwas mehr zu thun, als die anderen, weil wir ihre Führer, ihre Wortkämpfer sein können und sollen.

Gründen Sie jetzt Ihre Affoziation, so bewirten Sie weiter nichts, als daß ein ganz verständigender Bruchteil von Arbeitern zu kleinen Unternehmern wird, eigene Interessen verfolgt und seine Kräfte der allgemeinen Sache entzieht.

(Fortsetzung folgt.)

beteiligten Mächten bezüglich des Schiedsgerichtes erzielt worden. Der Schiedsrichter soll am 17. Juli ernannt werden. Man sieht, wie leicht es bei gutem Willen ist, Zwistigkeiten zwischen verschiedenen Staaten friedlich zum Austrage zu bringen.

Das Manergerweh hält in Spanien seinen siegreichen Einzug: Man sieht wohl, daß Staatsbankrott und alldem magt die Zivilisation doch Fortschritt!

Das Kabinett Salisbury soll der Königin infolge des ungünstigen Ausfalles der Wahlen die Entlassung eingereicht haben, die Königin jedoch habe dem Premier empfohlen, vorläufig von der Demission Abstand zu nehmen und die kommenden Ereignisse einfach abzuwarten.

In Rußland ist die Cholera im Wolgagebiet mit außerordentlicher Heftigkeit aufgetreten und verbreitet sich durch die zahllosen Flüssigkeiten und das Innere des Reiches, so daß auch in Moskau bereits Erkrankungen und Todesfälle vorkommen. Die Behörden haben den Kopf verloren, und die Ärzte laufen davon, teils um nicht der Seuche zum Opfer zu fallen, teils um nicht vom Pöbel, dem man eingereicht hat, daß sie die Kranken vergiften, tötungelogen zu werden, was einigen Ärzten in Sfrachan, dem Hauptst. der Seuche, wirklich passiert ist. Eine wütende Menge von etwa 10 000 Menschen, darunter sehr viele Weiber und baldmündige Jungen, demolierte die Spitäler, ermordete einen Arzt und warf dessen Leiche aus dem Fenster, wickelte einen Feldscherer in petroleumgetränkte Tücher und verbrannte ihn, schleppte die Grotkeranten auf die Straße, wo sie fast alle starben, und grub auf dem Kirchhof die zuletzt begrabenen Leichen aus, weil es hieß, die Ärzte hätten Kranke lebendig eingegraben.

In Afrika an starben nach dem amtlichen Bericht am 13. Bz. 264 Personen an der Cholera.

Japan wird jetzt „Kulturstaat“. Die Regierung will in den nächsten Jahren folgende Summen für militärische Zwecke ausgeben: Für die Beschaffung der Bai von Tokio, die in 1912 fertiggestellt sein soll, 8265 000 Doll., für Waffen und Pulver (bis zum Jahre 1905) 7836 340 Doll., für Magazine (bis zum Jahre 1897) 1630 439 Doll., für eine Schießbaumwollfabrik 119 624 Doll., für Bau von Kriegsschiffen (bis zum Jahre 1898) 2700 000 Doll., für Errichtung einer Stahlhütte (bis zum Jahre 1897) 225 000 Doll., außerdem 22 851 403 Doll. Da das sehr hohe beim Gebrauchsgegenstände sich gebende japanische Parlament diese Summen auch zu bewilligen geneigt ist, teilt der „Diasat. Lloyd“, dem wir die Ziffern entnehmen, leider nicht mit. Nun, dann giebt es Konflikt, budgetlose Regierung, Schaden und endlich Staatsbankrott wie in andern Kulturländern.

Aus Stadt und Land.

Wir bitten unsere werthen Leser, uns von allen wünschenswerten Vorfällen (seltene Natur, seltene Pflanzen, seltene Tiere, seltene Menschen, seltene Ereignisse) davon Kenntnis zu geben. Wir erlauben die Verleumdungen, die bei solchen Mitteilungen immer zu machen sind, nicht zu übernehmen und sind gern erbötig, eine entsprechende Entschädigung zu leisten.

Halle, 19. Juli

Die „Hallische Zeitung“ sowie andere dieser Sorte und deren Anhang macht es sich jetzt zum Prinzip, die Sozialdemokratie nach den Sünden einzeln zu beurteilen und dieses Urteil als „Original Charakter“ der ganzen Partei darzustellen. Diejenigen, welche als Sozialdemokraten ihres sittlichen Wertes sich bewußt sind, werden sich ja dadurch nicht irre machen lassen; der großen Volksmasse aber gilt es klar zu machen, daß die Moralisten, welche uns in der geschickten Weise bloßstellen suchen, zunächst den Kopf zu tun der eigenen Zügel einer Kritik unterziehen möchten. Wir finden da den Abhang von Menschheit im christlichen Ansehen vereinigt. Eine Aufzählung der einzelnen Individuen müßte zu viel Ehre für diese Gesellschaft sein. Jederzeit aber haben wir darauf hingewiesen, daß die betr. Charaktere Produkte der heutigen kapitalistischen Gesellschaft sind und als solche an die Hochschulen der Welt gehören. Will man uns nun in bezug auf unsere Partei Vorhaltungen machen, so müssen wir erwidern, daß wir eben auch in dieser Gesellschaft leben müssen und von derselben abhängig sind. Mit der Fortentwicklung unserer Ideen wird auch die Befreiung der Völker des heutigen Systems Hand in Hand gehen; in dieser Ueberzeugung lassen wir uns nicht irren machen.

Eine Versammlung des konservativen Vereins fand am Sonntag nachmittag im Park zum „Grünen Tanne“ in Aßberich statt, in welcher Herr Oekonomist Dr. v. Wendelstein über das Thema: „Was uns in der heutigen Zeit nicht thut“ sprach. Außer sich an dem Vortrag anschließenden Diskussion beteiligten sich auch die Herren Pfluge und Groß. Diese Versammlung bietet für die Sozialdemokratie nach verschiedenen Seiten hin Interesse, so daß wir auf dieselbe in der nächsten Nummer ausführlicher eingehen werden.

Landesverordneten-Sitzung vom 18. Juli. Vorliegen: 1. Entwurf der Vorberichter Dittmer. Derseibe teilt den Eingang einzelner Petitionen mit, deren letzte, von 11 Mitgliedern der Versammlung unterzeichnet, die Bestimmung der Kreisaußschüßigen auf den zukünftigen Pflanzungen innerhalb acht Tagen, und die bereits länger lagernden Sachdingen sofort zu befestigen verlangt. Es wird nach Erzielung der Tagesordnung, beschloß die Besetzung der Kommission unter der Bedingung zu überlassen, daß die betreffenden Mitarbeiter eine täglich zweimalige Vesperung erfahren. — Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls letzter Sitzung wird in die Beratung der Tagesordnung eingetreten, deren 1. Punkt: Erwerb eines Baus zum Bau einer katholischen Kirche, eine ausgedehnte Diskussion veranlaßt. Der Referent der Baukommission, Stadt. Heiler, teilt mit, daß die Wahl des Bauplatzes auf einen Teil des vormals v. Wabatschen, jetzt Bankier Lehmann gehörigen Terrains an der Mauerstraße gefallen ist, von welchem die katholische Gemeinde bereits ein bis an die Sommergasse durchgehendes Stück zum Bau eines Baus nach Plarbach und eines Baus zu erwerben habe, welcher Umfang beider auf die Wahl dieses Baus Einfluß gehabt habe. Das Schulgebäude sollte auf dem hinterland des von Bankier Lehmann für an eine Kirche in der Mauerstraße vorbestimmten Frontenterrains aufgeführt werden. Der Umfang derselben war auf 1800 Quadratmeter bemessen im Werte von 35 Mk.

pro Quadratmeter. Seitens des genannten Besitzers war ein 7 Meter breiter Streifen zwischen Ringgraben und dem rezelebrierten Vorderhaus am Schulgrundstück vorbestimmt, der Sommergasse zu als Zugang zur Schule unentgeltlich zugesichert.

Hieraus wurde Veranlassung genommen, auf die Durchführung einer Veranschlagung der Kosten für den Baus der Kirche zurückzuführen, wie folgt: Der Baus der Kirche im Werte von 15 Mk., projektiert war. Nach dem Bericht des Ref. der Finanzkommission, Stadt. Hallmann, an sollten die oberflächlich veranschlagten Kosten des Schulgebäudes betragen 80 000 Mk., der Preis des Bauplatzes 52 500 Mk., insgesamt also 132 500 Mk. Zur Disposition steht ein im Laufe von 15 Jahren angemieteter Pausen von 22 000 Mk., aus dem laufenden Jahre kommen 50 000 Mk., hinzu jedoch im Jahre 30 000 Mk. vorzuleisten sein würden, von welchen 20 000 Mk. zur Anzahlung verwendet werden, wogegen als Restbetrag 32 500 Mk. nach Zahlung des Bankier Lehmann einfließen sollten. Nachdem Stadt. Heiler durch die Finanzkommission die Ausführung in Mauerstraße und Sommergasse unter billigeren Verhältnissen hätte erlangen werden können, als gegenwärtig das sonst nicht vermerkbare hinterland, — welche Akquisition durch die Finanzkommission eingeleitet zu sein gekommen sei — nach dem ferner Stadt. Heiler die Kosten des Baus als nicht besonders günstig bezeichnet, zumal wenn das Grundstück ringsum bebaut sein würde, nachdem die Kosten der Kirche im Werte von 15 Mk., der Kirche für die unentgeltliche Nutzung des Durchgangstreitens als kein Opfer bestanden, sondern als eine Notwendigkeit bezeichnet, durch welche die Verwertbarkeit des hinterlandes (des Schulgrundstücks) ermöglicht werde, erklärt der Vorsitzende, daß ihm gerade die Höhe der katholischen Kirche für die Schule ebenfalls erscheinend, besonders wegen der daraus resultierenden Verschärfung der konfessionellen Gegensätze. Diese Schule sei keineswegs eine Institution der katholischen Kirche, sondern der Stadtgemeinde. Der Kostenpunkt von 133 000 Mk. sei auch im Verhältnis zu den für die evangelischen Schulen angewiesenen Summen bei einem Bedürfnis von nur 5 Mk. nicht zu hoch. Der Ref. teilt mit, daß die Stadtgemeinde zum Bau einer katholischen Schule verpflichtet sei, nicht weder von dem Mitglied der katholischen Schulkommission, Stadt. Hallmann, noch von dem Stadtschulrat Krähe, noch von dem Stadtschulrat Jochmann bekannt ist. — Stadt. Heiler hat daher die Verpflichtung der Stadt zu einer katholischen Schule nicht für einen ersten Schritt der gegenwärtigen Schulkommission für durchaus unangebracht. Nach seiner bisherigen Information ist der Ref. der katholischen Schule gegenüber ganz bestimmt völlig gegen eine katholische Schule. Allerdings erkläre derselbe die Räume der gegenwärtigen Schule und deren Zustand für durchaus ungenügend, hätte aber als genügend, wenn die Kirche in anderen Schulräumen untergebracht werden könnte. Ref. hält es für sehr angebracht, darauf hinzuwirken, daß der Verschärfung der konfessionellen Gegensätze durch Absonderung der Kinder nach Konfessionen möglichst vorgebeugt werde. Es könnten die katholischen Schüler neben den evangelischen lernen, wie auch die katholische Lehrer neben den evangelischen in einem Baus leben könnten. Er empfiehlt der Kirche die Schule ebenfalls, falls das Schulgebäude neue Promenade 13). Ref. bittet schließlich, die Vorlage gütlich anzunehmen, oder, falls die Kirche nicht zustimmen will, eine Verpflichtung derselben zum Bau einer katholischen Schule vorzulegen. Der Vorsitzende teilt mit, daß man es sich nicht zu hoch annehmen sollte, wenn die Stadtgemeinde ministeriell geneigt würde, hiermit mit ihren Geldern umzugehen, genügt werden könnte zu einer irrationellen Ausgabe, ein 12klassiges Schulgebäude auszuführen, von welchem 7 Klassen auf Jahrgänge bis ungenutzt bleiben würden. Wenn schon bei der seit einem Jahrzehnt im Ministerium herrschenden Richtung an eine Einführung von Simultanklassen zu denken ist, so ist die Stadtgemeinde unangenehm sein, den Konfessionalismus durch konfessionelle Schulhäuser zu stärken. Die Kinder beider Konfessionen könnten sehr wohl unter einem Dache unterrichtet werden.

Der Magistratsrat wird abgelehnt.

2. Die Bauangelegenheit der Beschule an der Laubstraße ist von dem Stadtschulrat Krähe, der Ref. der Baukommission, Stadt. Heiler und jenen dem Entschloßenen desfalls gemäß Änderungen an derselben vorgenommen werden, wird in Summa 3250 Mk. erforderlich sind. Die Veranlassung genehmigt den Antrag mit einigen leichten der Baukommission empfohlenen Änderungen. Referent Stadt. Heiler.

3. Abweisung eines Beitrages zu den Durchbruchkosten der kleinen Ullrichstraße.

4. Mittelbewilligung für die Verlegung von Vorhöfen in der Mauerstraße, werden, als nicht dringlich, vertagt.

5. Dem Besitzer der vormals v. Wabatschen Grundstücke an der neuen Promenade 13) vorzulegen, die Kosten der Verlegung der katholischen Schule, werden auf dessen beim Magistrat gestellten Antrag: 1. der nach dem Flächentypus an dem Grundstück in der neuen Promenade entfallende Vorlandflächen (58 Quadratmeter je 70 Mk.); 2. die auf diesem Vorland befindliche Stadtmauer mit 25 Mk. pro Kubikmeter; 3. das von der Stadt vorgemietete Grundstück verlegt Trottoir für 450 Mk. überlassen. Ref. Stadt. Heiler.

6. Festsetzung der Flächennutz für die Durchbruchstraße von der Mauerstraße nach der Laubstraße ist durch Abweisung des Punktes 1) erledigt.

7. und 8. betreffen 2) Beträge je 600 Mk. zur Unterhaltung von Erziehungsanstalten der vorbestimmten Beschule und 3) Beschule und 3) Beschule.

8. Die hiesige Hälfte des 2. Betrages im Hause Schimmelstraße 2 und die hiesige Hälfte des 3. Betrages werden beide an den Magistrats-Schulrat Richter zum bisherigen Mietpreis von 150 und 75 Mk. jährlich vermietet. Ref. Stadt. Heiler.

10. Auf die nach der Flächennutz der Flächennutz verbleibende Restfläche des Grundstücks Mauerstraße 35 von ca. 121 Quadratmetern Flächennutz nebst sämtlichen darauf befindlichen und zum Abbruch bestimmten Bautteilen, welche im Termin am 14. Juli zum Verkauf ausgeteilt werden, ist seitens des Bauamtes Albert Giese das Meistgebot von 34 400 Mk. abgegeben worden. Die Veranlassung genehmigt die Beschlagserteilung an denselben.

Walhalltheater. Im gegenwärtigen Spielplan ist besonders dem musikalischen Gebiete der größte Teil eingeräumt. Nicht im entferntesten hat aber hierdurch die Mannigfaltigkeit der Darbietungen gelitten; denn das neue Programm bietet viele eigenartige und komische Bienen. Vom letzten Spielplan her ist nur die Sourette Frl. Osfardly geblieben, die durch ihre Gesangsverträge immer noch lebhaften Beifall findet. Als Kunstschülerin produziert sich Frl. Dalavier, die mit bewundernswürdiger Sicherheit selbst bei schwierigen Stellungen ihr Ziel zu verfehlt. Großen Beifall fanden die eleganten Nachahmungen der Gesangs- und Tanzkunst. Das Tollste, was bisher vorgeführt, sind die musikalisch fantastischen Komödien der Welt-Truppe und der Brocks-Thompson. Besonders sind es letztere mit ihrer Zirkus-Szene, wobei der hoch zu Ross erscheinende Schrittmacher mit den verschiedenen Vorstellungen der Herbedressur zu nicht endenwollenden Vorstellungen immer und immer wieder herausfordert.

Das hiesige Volkstheater befindet sich, die Ueberflüsse der in den Monaten Januar, Februar und März des Jahres 1891 vertriehen und verfallenen Pfländer, welche die Nummern 51 921 bis 64 920 tragen und welche in der Auktion vom 12. Mai bis 9. Juli v. J. verkauft worden sind, entgegengenommen werden können.

Der Matseleerband (Marktplatzfront) schreitet rüstig vorwärts, so daß man bereits daran denkt, zu der Richte-

schmausfrage Stellung zu nehmen. Wie dies bei Kommunal- und Staatsbauten üblich, wird auch in diesem Falle sehr wahrscheinlich städtischerseits ein Geldbetrag an die betreffenden Arbeiter und Poliere gezahlt werden, dessen Betrag dem Vernehmen nach für die Arbeiter auf 5 Mk. und für die Poliere 2 Mk. betragen dürfte. Wir können unternichts diese Ungleichheit in der Gratifikation durchaus nicht gutheißen, denn die Arbeiter müssen ihre Kräfte und Fähigkeiten jedenfalls ebenso anstrengen, wie die Poliere, denen an und für sich schon ein besseres Los beschieden ist. Uebrigens nehmen wir prinzipiell den Standpunkt ein, daß man die Arbeiter anständig bezahlen und von Gratifikationen, die immer einen zweifelhaften Charakter tragen, überhaupt absehen soll.

Zur Thür hinaus expediert wurde am vorigen Sonntag Herr Dr. F. Derselbe hatte sich darüber gemacht, dem Fleischer Herrn D. wegen eines gelieferten Stück Fleisches, welches nach Ansicht des Herrn Doktors nicht die gewünschte Qualität besaß, den Kopf zu waschen, wobei jedoch der Fleischer die Sache unecht verstand. Wenn irgend einem Arbeiter etwas Derartiges passiert, dann ist man in den Kreisen der „Gebildeten“ darüber einig, daß irgend eine Noth seitens desselben zu Grunde liegt; wir müssen die Frage unerörtert lassen, ob dies auch in diesem Falle zutrifft.

Von einem unterrichteten Fachmann erhalten wir in bezug auf den gestern erwähnten Scheinbruch im Geschwister Süßelchen Geschäft die Mitteilung, daß derselbe nicht die Folge der schwachen Konstitution der Rahmen ist, sondern daß die meisten Scheiben deshalb zerbrochen, weil es nicht immer möglich ist, einen vollkommenen Fensterriegel oben und unten gleichmäßig zu öffnen und durch die angewandte Gewalt eine Verbiegung der Scheibe in diesem Falle bis zum Bruch herbeizuführen wird.

Durch eine Anzahl Blätter ging in diesen Tagen die auch vor uns veröffentlichte Notiz, daß jetzt Postanmeldungen im Betrage bis 5 Mk. nur 10 Pf. Porto kosten und daß, wer irgend einen Betrag unter 5 Mk. fortzuschicken wolle, eine Postanweisung mit einer Zehnprozentmarge auf der Post verlangen müsse. Diese Notiz ist nicht richtig. Die erst vor kurzem veröffentlichte und am 1. Juli in Kraft getretene neue Postordnung schreibt (ebenso wie die frühere) vor: Postanweisungen müssen frankiert sein. Die Gebühr beträgt ohne Unterschied der Entfernung bis zu 100 Mk. 20 Pf. Nur für Soldaten besteht eine Preisermäßigung. Durch die mit entsprechender Aufschrift verlegene Postanweisung können an Soldaten Beträge bis zu 15 Mk. für 10 Pf. geltend werden. Für den allgemeinen Verkehr ist, wie bereits, eine Verringerung nicht eingetreten. Bis 100 Mk. kosten 20 Pf., über 100 bis 200 Mk. kosten 30 Pf., über 200 bis 400 Mk. kosten 40 Pf.

Durch einen Tragbruch entstand heute früh eine merkliche Störung im Betrieb der elektrischen Stadtbahn an der Ecke von Steinweg und Neue Promenade, so zwar, daß die noch und von dem Steinweg verkehrenden Fahrgäste an der Kreuzung umsteigen mußten, indem die betr. Wagen nicht durchfahren konnten. Arbeiter zur Vornahme der Reparatur waren bald zur Stelle, so daß der Schaden in kurzer Zeit behoben gewesen sein dürfte.

Vinder Feuerfisch. Gestern nachmittag gegen 1/5 Uhr sammelte sich in der Ullrichstraße eine Menge Menschen an, weil es angeblich in der Kistofstraße brennen sollte. Es stellte sich jedoch heraus, daß dies ein Irrtum war, indem nur durch das Niederfallen von Rauch der Anschein eines Brandes erweckt wurde.

Vernachlässigt ist gestern mittag in der oberen Leipzigerstraße eine Frau durch Abpringen von einem Straßenbahnwaggon entgangen der Fahrgrichtung. Derselbe war durch den schweren Fall bewußtlos geworden und mußte in ein nächstes Haus getragen werden.

Gästeben, 17. Juli. In Hettstedt kamen gestern zwei Bergleute ums Leben. Sie wurden im Schacht von niederstürzenden Gestein erschlagen. Die Unglücklichen waren sofort tot.

Notiz, 18. Juli. Heute früh ließ sich der Zimmermann Andreas von hier von einem Eisenbahnzuge überfahren. Es wurde dem Lebensmilde ein Fuß und ein Arm abgerissen, welche Verletzungen alsbald den Tod des Mannes im Gefolge hatten. (S. 3)

Aus dem Gerichtssaal.

Generegericht vom 25. Juli. Wegen Entlohnung ohne Kündigung verlangt der Arbeiter Rigau von dem Verberahenden Victor, bei welchem er mit einem Wodenlohn von 18 Mk. beschäftigt war, eine Entschädigung für vier Wochen. Beklagter will den Kläger nur vorläufig auf vier Wochen angenommen und wegen Dienstverweigerung entlassen haben. Schluß Verhandlung wird neuer Termin auf Donnerstag den 28. Juli 10 Uhr angesetzt.

Naß und Fern.

Mainz, 16. Juli. Wie das „Militärmodenblatt“ meldet, wurde Gefonde-Leutnant a. D. von Littenhoff-Zwornitzki, zuletzt im 1. Nassauischen Inf.-Reg. Nr. 87, in der Armeekorps und zwar als Gefondefeutenant der 87er des Infanterie-Regiments von Borck (4. Bomm.) Nr. 21 wieder angestellt und gleichzeitig am 1. August d. J. ab auf ein Jahr zur Dienstleistung bei diesem Regimente kommandiert. Es ist dies, wie der „Mainz. Anz.“ bemerkt, derselbe Leutnant, welcher vor einiger Zeit in angelegter Stimmung verschiedene Herren und Damen auf der Ludwigstraße attackierte und damals seinen Abschied nehmen mußte.

Canina, 18. Juli. Die Thätigkeit des Kerna hat an Stärke verloren; das unterirdische Getöse ist schwächer geworden. Der Vulkanfort zerbrach auf seinem Wege mehrere Häuser und einen Kastanienwald.

Fernisches.

„Das Metall der Zukunft“ wird das Aluminium genannt. Dieser Ausdruck ist nicht mehr richtig, sondern es ist tatsächlich schon das Metall der Gegenwart. Wenn

Stepdecken! in grösster Auswahl, das Stück extra gross **J. Lewin,** von 2.50 Mk. an. **Halle Saale.**

